

Beschlussvorlage



Dezernat	OB	Az.	19.06.26	Datum	8.10.2014
----------	----	-----	----------	-------	-----------

Nr. V534/2014

Betreff:

Mannheimer Bündnis für Toleranz und Vielfalt

Betrifft Antrag/Anfrage Nr. A168/2014

Antragsteller/in: SPD

Eilentscheidung gemäß § 43 GemO i. V. m. § 20 Abs. 3 Hauptsatzung

Beratungsfolge	TOP	Sitzungstermin	Öff.	N.Ö.	Empfehlung	Beschluss
1. Integrationsausschuss	2	22.10.2014	X			
2. Hauptausschuss		18.11.2014	X			
3.						
4.						

Vorgeschlagene Maßnahme zur Bürgerbeteiligung

Einladung an Bezirksbeirat/Sachverständige

Finanzielle Auswirkungen ?

ja

nein

Beschluss/Antrag:

1. Die Verwaltung wird beauftragt, in Mannheim ein breites gesellschaftliches Bündnis für Toleranz und Vielfalt dauerhaft zu etablieren.
2. Hierzu wird sich die Verwaltung auch für die Fortführung des Mannheimer Aktionsplans für Toleranz und Demokratie (MAP) im Rahmen des neuen Bundesprogramms „Demokratie leben! Aktiv gegen Rechtsextremismus, Gewalt und Menschenfeindlichkeit“ bewerben.

Finanzielle Auswirkungen:

1) Einmalige Kosten/ Erträge	Erträge max. 225.000,- €
Gesamtkosten der Maßnahme (MAP 2015-2019)	279.000,- €
	<hr/>
Kosten zu Lasten der Stadt (MAP 2016-2019)	max. 54.000,- €
2) Laufende Kosten / Erträge	
Laufender Betriebs- und Unterhaltungsaufwand nach Fertigstellung der Baumaßnahme, Inbetriebnahme der Einrichtung bzw. Durchführung der Maßnahme (einschl. Finanzierungskosten)	€
zu erwartende Erträge	./.
jährliche Belastung	70.000,- €

Strategische Ziele:

Die Vorlage leistet voraussichtlich einen Beitrag zu folgenden strategischen Zielen:

direkt mittelbar

Stärkung der Urbanität

„Mannheim bietet mit einer ökologisch und sozial ausgewogenen Urbanität die Vorzüge einer Metropole auf engem Raum ohne die dabei sonst verbundenen negativen Eigenschaften von Megacities.“

Talente überdurchschnittlich gewinnen, entwickeln und halten

„Mannheim etabliert sich als Stadt der Talente und Bildung und gewinnt mehr Menschen für sich.“

Zahl der Unternehmen und (qualifizierten) Arbeitsplätze in Mannheim steigern

„Mannheim gewinnt überdurchschnittlich Unternehmen und Gründer/innen“

Toleranz bewahren, zusammen leben

„Mannheim ist Vorbild für das Zusammenleben in Metropolen.“

Bildungserfolg der in Mannheim lebenden Kinder, Jugendlichen und Erwachsenen erhöhen

„Mannheim ist Vorbild für Bildungsgerechtigkeit in Deutschland.“

Die zentralen Projekte „Kulturhauptstadt 2020“ und Masterplan Kreativwirtschaft erfolgreich umsetzen

„Mannheim ist in der Spitzengruppe der besonders stadtkulturell und kreativwirtschaftlich geprägten und wahrgenommenen Städte.“

Stärkung des bürgerschaftlichen Engagements und der Mitwirkung

„Mannheims Einwohnerinnen und Einwohner sind überdurchschnittlich bürgerschaftlich engagiert und werden von der Stadt in besonderem Maße unterstützt.“

Unter dem Titel „Toleranz bewahren – zusammen leben“ hat die Stadt Mannheim das strategische Ziel formuliert „Mannheim ist Vorbild für das Zusammenleben in Metropolen“.

Mit dem Aufbau und der dauerhaften Etablierung eines „Mannheimer Bündnisses für Toleranz und Vielfalt“ wird eine Plattform geschaffen, auf der das (bereits bestehende) breite gesellschaftliche Engagement in unserer Stadt für ein von gegenseitiger Anerkennung und Verständigung getragenes Miteinander zusammengeführt, durch Bündelung und Vernetzung gestärkt sowie durch gemeinsam getragene, öffentlichkeitswirksame Aktivitäten sichtbar gemacht werden soll; mit dem Anliegen einer wachsenden stadtgesellschaftlichen Identifikation mit dem formulierten Toleranzziel.

Toleranz wird hierbei ausdrücklich nicht verstanden als bloße Duldung von Anders-Sein, sondern vielmehr als das aktive Gestalten und Fördern einer Kultur des Miteinanders, in der die Herabwürdigung, Ausgrenzung oder Diskriminierung aufgrund der Herkunft, der weltanschaulichen oder religiösen Überzeugung, des Geschlechts oder der sexuellen Orientierung sowie des Alters oder körperlicher wie geistiger Beeinträchtigungen keinen Platz finden.

Ein breites gesellschaftliches Engagement für Toleranz und Vielfalt schärft die öffentliche Wahrnehmung und Sensibilität gegenüber merkmalsbezogenen Stereotypisierungen, Vorurteilen und Diskriminierungen. Toleranzarbeit ist deshalb auch Antidiskriminierungsarbeit.

Mit dem Mannheimer Aktionsplan für Toleranz und Demokratie (MAP) wurde in Mannheim erstmalig ein Programm umgesetzt, das ausdrücklich alle im Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz (AGG) genannten Vielfaltsmerkmale umfasst. Die konzeptionelle Entwicklung des MAP sowie die Auswahl der zu fördernden Projekte erfolgten durch ein Gremium aus Vertreterinnen und Vertreter der jeweiligen Vielfaltsdimensionen. Hierbei wurde von Anfang an eine strukturbildende Perspektive verfolgt, um das Zusammenwirken und die Vernetzung von Akteuren, die sich für das Zusammenleben in Vielfalt engagieren, über die Laufzeit des (bis Ende 2014) bundesgeförderten MAP und der darin umgesetzten Projekte hinaus fortzuführen.

Mit dem jüngst ausgeschriebenen Folgeprogramm „Demokratie leben!“ bietet der Bund gerade den auf kommunaler Ebene umgesetzten Aktionsplänen eine Fortsetzungsoption für 5 Jahre an – obgleich (gegenüber dem bisherigen Programm) mit reduzierten Fördermitteln sowie einer Kofinanzierungsaufgabe ab dem Jahr 2016.

Eine Aufnahme Mannheims in dieses Programm eröffnet dem aufzubauenden Bündnis Gestaltungsmöglichkeiten mit Blick auf dessen Vernetzungs- und Kooperationsarbeit sowie seine Impulsgeberfunktion für die Stärkung des Zusammenlebens in der Stadt.

Programmatik und Struktur des Bündnisses für Toleranz und Vielfalt sind über einen Beteiligungsprozess zu entwickeln. Den Einstieg hierzu bildet die vom Gemeinderat beauftragte Überarbeitung der Mannheimer Erklärung zum Geist der Offenheit, Toleranz und Verständigung. Neben einer alle Diversitäts-Merkmale betreffenden Ergänzung des Textes der Mannheimer Erklärung, wird angeregt, den Aspekt des aktiven Handelns für das Toleranzziel stärker in den Fokus der Erklärung zu rücken: Mit der Unterzeichnung erklärt sich die zeichnende Institution zukünftig bereit, sich – in einer noch abzustimmenden Weise – aktiv im Bündnis für Toleranz und Vielfalt zu engagieren.

Über die Neufassung der Mannheimer Erklärung wird es im Dezember einen Beteiligungsworkshop geben, zu dem neben den rund 100 bisherigen Unterzeichnern auch sämtliche Projektträger des MAP und weitere bündnisinteressierte Stellen eingeladen werden.

Eine gemeinderätliche Beauftragung zum Aufbau eines Mannheimer Bündnisses für Toleranz und Vielfalt setzt ein wichtiges politisches Zeichen für die Relevanz eines breit in der Stadtgesellschaft verankerten gemeinsamen Engagements für ein von Respekt und Wertschätzung geprägtes Zusammenleben in Vielfalt.

Ein solches Bündnis leistet zudem einen wertvollen Wirkungsbeitrag zum strategischen Ziel der „Stärkung des bürgerschaftlichen Engagements und der Mitwirkung“.

Prägendes Merkmal von Stadtgesellschaften ist die Pluralität und Heterogenität von Lebensentwürfen sowie das Vorhandensein unterschiedlichster soziokultureller Milieus und Interessenslagen. Auch eine migrationsbedingte multikulturelle und multireligiöse Bevölkerungszusammensetzung kennzeichnet in erster Linie urbane Lebenswirklichkeiten. So ist gerade für Städte die Frage nach dem Zusammenleben in Vielfalt und die Gewährleistung einer Verständigung über dessen Gestaltung von hoher Relevanz.

In der Gesamtstrategie der Stadt Mannheim wird deshalb die „Fähigkeit zu einem produktiven Umgang mit Vielfalt [als] ein zentraler Zukunftsfaktor für die Lebensqualität in einer Stadt, aber auch im Wettbewerb der Städte im nationalen und auch internationalen Kontext“ hervorgehoben (V55/2009).

Die Fähigkeit zu einem produktiven Umgang mit Vielfalt meint hierbei einerseits, stärker auf die in der Verschiedenheit der Menschen und ihren Lebenswelten liegende Potenziale zu fokussieren und diese kreativ zu nutzen. Dieser – bislang besonders in Wirtschaft, Wissenschaft und Kultur zur Entfaltung kommende - Ansatz, begreift Vielfalt als einen Motor gesellschaftlicher Entwicklung und als Impulsgeberin für neue Ideen und Innovation.

Zwei weitere Aspekte sind die Verbundenheit der unterschiedlichen Bevölkerungsgruppen zu der Gesellschaft, in der sie leben, und gemeinsam geteilte Grundwerte, die für das Zusammenleben in Vielfalt unverzichtbar sind. Das Gefühl von Zugehörigkeit hängt maßgeblich davon ab, inwieweit die Menschen sowohl gleichberechtigte Teilhabechancen in der Gesellschaft haben, als auch soziale Anerkennung in dieser erfahren.

Hierauf bezogen bedeutet die Fähigkeit zu einem produktiven Umgang mit Vielfalt, bestehende, meist merkmals- und gruppenbezogene (strukturelle) Benachteiligungen bzw. Ausgrenzungen zu erkennen und abzubauen, sowie ein Klima der gegenseitigen Wertschätzung, der Offenheit und des respektvollen Umgangs miteinander zu befördern.

Das Konzept von Diversität bzw. Vielfalt beinhaltet zusammengefasst fünf Dimensionen: Potenzialorientierung, Partizipation, Abbau von Diskriminierung, institutionelle Öffnung für Vielfalt sowie Pflege einer gegenseitigen Anerkennungs- und Toleranzkultur.

Vielfalt ist hierbei weitaus mehr als kulturelle Diversität. Ethnische (und soziale) Herkunft, Geschlecht und sexuelle Orientierung, Alter und Behinderung sowie Religionszugehörigkeit sind allesamt relevante Merkmale bezogen auf die fünf genannten Handlungsansätze von Vielfaltspolitik und dem damit verbundenen Anspruch auf Teilhabe und Chancengerechtigkeit.

1. Bündnis für Toleranz und Vielfalt

Unter dem Titel „Toleranz bewahren – zusammen leben“ hat die Stadt Mannheim das strategische Ziel formuliert „Mannheim ist Vorbild für das Zusammenleben in Metropolen“.

Mit dem Aufbau und der dauerhaften Etablierung eines „Mannheimer Bündnisses für Toleranz und Vielfalt“ wird ein Ort geschaffen, an dem ein gemeinschaftliches Wirken hin auf dieses Ziel sichtbar und erlebbar ist.

In Mannheim gibt es bereits jetzt eine Vielzahl an Initiativen und Organisationen, die sich – meist bezogen auf ein Vielfaltsmerkmal - mit hohem zivilgesellschaftlichen und auch beruflichem Einsatz (dauerhaft) für Toleranz und gegen Diskriminierung engagieren. Auch ist eine große Bereitschaft wahrzunehmen, sich auf Vereins- oder Stadtteilebene mit den Herausforderungen des Zusammenlebens in Vielfalt auseinanderzusetzen und für ein von gegenseitiger Anerkennung und Verständigung getragenes Miteinanders einzusetzen: Rund drei Dutzend Träger waren beispielsweise an der Umsetzung des MAP mit ihren Projekten beteiligt. Dreimal so hoch war indes die Zahl der Organisationen, die sich an den jährlichen MAP-Ausschreibungen mit einer Projektidee beteiligten, wegen mehrfacher Überzeichnung des verfügbaren Budgets jedoch nicht in die Förderung mit aufgenommen werden konnten.

Rund 100 Institutionen, Vereine und Organisationen unterstützen die „Mannheimer Erklärung zum Geist der Verständigung, Toleranz und Offenheit“.

Und im Nachgang zur im Herbst 2013 durchgeführten MAP-Großveranstaltung signalisierten 30 Organisationen ihr während der Tagung abgefragtes Interesse, sich in ein Mannheimer Bündnis für Toleranz und Vielfalt einbringen zu wollen.

Der Aufbau eines „Mannheimer Bündnisses für Toleranz und Vielfalt“ verfolgt zunächst das Ziel, eben jenen Akteuren eine gemeinsame Plattform anzubieten, die sich – auf unterschiedliche Weisen und in unterschiedlichen Handlungszusammenhängen – für Toleranz und das Zusammenleben in Mannheim engagieren.

Bereits der Erfahrungs- und Informationsaustausch zwischen den Projektträgern im Rahmen des MAP wurde von den Teilnehmenden ausdrücklich als hilfreich und anregend für die je eigene Arbeit angegeben. Über den gemeinsamen Austausch hinaus entwickelten sich zudem neue Projektideen und Kooperationen – wie bspw. der Aufbau eines Angebots der Schwulen- und Lesben-Beratungsstelle PLUS für nicht-heterosexuelle Menschen mit Migrationserfahrungen; oder die mittlerweile ins zweite Jahr gehende Kooperation zwischen der DITIB-Moschee und dem Mannheimer Frauenhaus zum Thema „Gegen Gewalt in Partnerschaften“.

Mit dem Mannheimer Aktionsplan für Toleranz und Demokratie (MAP) wurde in Mannheim erstmalig ein Programm umgesetzt, das ausdrücklich alle im Allgemeinen

Gleichbehandlungsgesetz (AGG) genannten Vielfaltsmerkmale umfasst. Bereits die Zusammenführung der hierbei relevanten Interessengruppen und die damit eingeleiteten Diskussionen haben deutlich gemacht, wie erforderlich ein umfassender Vielfalts-Begriff für den Toleranzdiskurs und wie zweckdienlich die gemeinsame Toleranz-Klammer für eine gegenseitige Verständigung ist. Gerade in Bezug auf die Verständigung über die Grundwerte, die für ein Zusammenleben in Vielfalt maßgebend sind, vermag gerade der Wert der Toleranz Annäherung zu schaffen.

Mit dem Bündnis wird ein Ort etabliert, wo diese Auseinandersetzungen und Verständigungsprozesse geführt und Impulse setzend in die Stadtgesellschaft kommuniziert werden können.

Hierzu zählt auch die Bündelung der zu den unterschiedlichen Vielfaltsmerkmalen umgesetzten Initiativen und Maßnahmen, die unter dem gemeinsamen Bündnistitel öffentlichkeitswirksam präsentiert werden sollen. Es gilt, breit in die Gesellschaft einzuwirken, um möglichst viele institutionelle und initiative Akteure für die Themen Vielfalt, Toleranz und Antidiskriminierung zu mobilisieren und dauerhaft zu gewinnen.

Eine weitere Zielsetzung ist die Entwicklung einer Bündnisstruktur für ein systematisches, auf gemeinsame Zielsetzungen abgestimmtes Handeln, das die Verbundenheit der im Bündnis agierenden Akteure und deren Wirkungszusammenhang wahrnehmbar macht.

(Ein erster Schritt könnte die anlassbezogene Durchführung einer konzertierten Aktion der Bündnispartner sein – z.B. anlässlich des Internationalen Tages für Menschenrechte.)

Zunächst gilt es jedoch, über das Bündnis für Toleranz und Vielfalt die zahlreichen Aktivitäten zum Thema in ihrer Unterschiedlichkeit und Umfänglichkeit öffentlich sichtbar zu machen.

Es geht einerseits darum, dem vielerorts gelingenden Miteinander mehr öffentliche Wahrnehmung zu geben und der Tatsache Rechnung zu tragen, dass dort, wo sich Menschen in ihrer Unterschiedlichkeit mit Offenheit und Wertschätzung begegnen, Vielfalt als bereichernd erlebt und die Lebensqualität steigernd erfahren wird. Ziel ist es, durch Positivbeispiele eine wachsende stadtgesellschaftliche Identifikation mit dem Mannheimer Toleranzziel zu befördern.

Andererseits ist das Bündnis auch ein geeigneter Ort, um auf bestehende (strukturelle) Diskriminierungen aufmerksam zu. Bislang gibt es in Mannheim hierzu noch keine systematische Erfassung und auch keine kommunale Antidiskriminierungsstrategie. Das Bündnis kann hierfür sowohl zum Erkenntnisgewinn als auch durch konzeptionelle Impulse einen Beitrag leisten.

Um die Identifikation mit dem Bündnis und damit auch die Bereitschaft zu einer aktiven Mitwirkung zu erzielen, sind die Programmatik sowie der Aufbau der Bündnisstruktur über einen Beteiligungsprozess zu entwickeln. Den Einstieg hierzu bildet die vom Gemeinderat beauftragte Überarbeitung der Mannheimer Erklärung zum Geist der Offenheit, Toleranz und Verständigung.

Bislang bezogen auf die migrationsbedingte kulturelle Vielfalt der Stadt, schließt die Neufassung der Erklärung alle (im AGG genannten) Vielfalts-Merkmale mit ein. Darüber hinaus wird angeregt, Bezug nehmend auf die „Erklärung von Prinzipien der Toleranz“ der UNESCO (1995), den Toleranzbegriff als „aktive Einstellung, die sich stützt auf die Anerkennung der allgemeingültigen Menschenrechte und Grundfreiheiten anderer“ zu fassen. („Keinesfalls darf sie dazu mißbraucht werden, irgendwelche Einschränkungen dieser Grundwerte zu rechtfertigen.“)

Diesen Aspekt des aktiven Handelns für das Toleranzziel gilt es stärker in den Fokus der Mannheimer Erklärung zu rücken: Mit der Unterzeichnung erklärt sich die zeichnende Institution zukünftig bereit, sich – in einer noch abzustimmenden Weise – aktiv im Bündnis für Toleranz und Vielfalt zu engagieren bzw. dort über die eigenen Aktivitäten zu informieren.

(Die Stadt Mannheim ist beispielsweise als Arbeitgeberin mit der Unterzeichnung der „Charta der Vielfalt“ den Schritt von einer Erklärung hin zu einer Selbstverpflichtung proaktiven Handelns und entsprechendem regelmäßigen Bericht gegangen.)

Auftakt für den Bündnisaufbauprozess ist ein Beteiligungsworkshop zur Neufassung der Mannheimer Erklärung, zu dem im Dezember neben den rund 100 bisherigen Unterzeichnern auch sämtliche Projektträger des MAP und weitere bündnisinteressierte Stellen eingeladen werden.

2. Beantragung der bundesgeförderten Fortführung des „Mannheimer Aktionsplans für Toleranz und Demokratie“

MAP – als Bündnisvorbereitungsprozess

Bereits in der Anfangskonzeption des Mannheimer Aktionsplans (MAP) wurde die Perspektive der Schaffung einer dauerhaften Bündnisstruktur als zentrales Entwicklungsziel formuliert (V210/2011) und dessen Konkretisierung im Berichtswesen zum MAP-Verlauf dokumentiert (V544/2012 und V618/2013).

Im Zuge der jährlich zu erfolgenden MAP-Projektausschreibungen wurden die Kriterien der Vernetzung und Nachhaltigkeit zu den zentralen Bewertungsgrößen bei der Auswahl der eingereichten Projektanträge. Über die Einzelprojektförderung hinaus wurden im Rahmen des MAP Entwicklungsprozesse mit Blick auf den Bündnisaufbau eingeleitet. (s. vorliegender Gesamtbericht zum MAP 2011-2014).

Zum 31.12.2014 endet das vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) aufgelegte Bundesprogramm „TOLERANZ FÖRDERN – KOMPETENZ STÄRKEN“ und damit die Förderung des Mannheimer Aktionsplans für Toleranz und Demokratie (MAP).

Im Förderzeitraum von 2011-2014 wurden insgesamt 44 Projekte mit einem Fördervolumen von 398.500,- € im Rahmen des MAP umgesetzt. Über die Laufzeit des MAP wurden 10.000 Personen erreicht.

Das jetzt im Oktober vom BMFSFJ veröffentlichte Folgeprogramm - „Demokratie leben! Aktiv gegen Rechtsextremismus, Gewalt und Menschenfeindlichkeit“ adressiert gerade auch die (kommunalen) Träger der bisherigen Lokalen Aktionspläne: „Aufbauend auf bewährten Elementen soll die erfolgreiche Arbeit der Lokalen Aktionspläne der früheren Bundesprogramme nunmehr in Form von lokalen [...] „Partnerschaften für Demokratie“ konzeptionell fortgesetzt und weiterentwickelt werden [...].“ Es gilt „insbesondere die bereits in den Vorgängerprogrammen formulierten Zielstellungen – Knüpfung und Mobilisierung von lokalen Netzwerken, Entwicklung von Fachlichkeit und Stärkung von Kompetenzen sowie Gewinnung öffentlicher Unterstützung – weiter und nachhaltig auszubauen.“

Nicht zuletzt wegen der sehr guten Bewertung des Mannheimer Aktionsplans durch die das Programm umsetzende Bundesregiestelle, gibt es klare Signale, dass eine erneute Interessensbekundung der Stadt Mannheim an der Teilnahme des in 2015 startenden Bundesprogramms „Demokratie leben!“ erfolgreich sein wird.

Nunmehr unter dem Titel „Partnerschaften für Demokratie“ eröffnet eine bundesgeförderte Fortführung und Weiterentwicklung des MAP unmittelbare Gestaltungsräume im Rahmen des Bündnisses zielgerichtete, abgestimmte Maßnahmen umzusetzen. Mit einer vergleichsweise langen Förderlaufzeit von 5 Jahren bietet das neue Bundesprogramm zudem Planungssicherheit für den Bündnisentwicklungsprozess.

Voraussetzung für diese Bundesförderung ist die Erbringung von Eigenanteilen durch die Kommune zur Steuerung der „Partnerschaften für Demokratie“ mit mindestens einem halben Stellendeputat.

Des Weiteren erfolgt die Zuwendung von Bundesmitteln in 2015 noch ohne Mitfinanzierung durch die Kommune bzw. Einbringung von Drittmitteln, jedoch sind für die Jahre 2016/2017 Kofinanzierungsanteile von mind. 20% und in 2018/2019 von mind. 40% der beantragten Bundesmittel einzubringen.

Pro Kalenderjahr können bis zu 45.000,- € vom Bundesprogramm zur Verfügung gestellt werden (= insgesamt max. 225.000,- € für die Programmlaufzeit 2015-2019). Hierbei beliefen sich die erforderlichen Kofinanzierungsmittel für den Zeitraum 2016-2019 auf insgesamt max. 54.000,- € (zusätzlich zu den kommunalen Eigenanteilen für die Steuerungs- und Koordinierungsaufgaben).

Insgesamt beträgt das Gesamtvolumen für (projektbezogene) Maßnahmen im Rahmen des Aktionsplans bzw. der Bündnisarbeit max. 279.000,- €, die jedoch ausschließlich an nicht-staatliche, gemeinnützige Organisationen zu vergeben sind.

Hierbei hebt das Bundesprogramm hervor, dass Kofinanzierungen aus Mitteln des Landes, anderer Bundesressorts sowie der EU ausdrücklich möglich und sogar erwünscht sind. Eine entsprechende Mittelbeantragung, z.B. über die sog. Verwaltungsvorschrift des Landesintegrationsministeriums ist Bestandteil des Bündnisplanungsprozesses. Darüber hinaus erlaubt das Bundesprogramm zudem die Akquise von Spenden- und Sponsorengeldern zur Unterstützung der Bündnisarbeit.

3. Verstetigung der MAP-Koordinierungsstelle

Im Rahmen des neu ausgeschriebenen Bundesprogramms „Demokratie leben!“ wird ausdrücklich eine kommunale Finanzierung der für die Projektsteuerung erforderlichen Personalkosten gefordert. Mit Blick auf die Abwicklung der noch bis Ende 2014 laufenden Projekte im Rahmen des MAP sowie die jetzt einzuleitenden Bewerbung und Umsetzungsplanung für das neue Bundesprogramm sowie die Bündnisbegleitung bedarf es einer nahtlosen Fortführung der (seit 2012) projektbezogen für den MAP eingerichteten, kommunal finanzierten Stelle.

Zur Erfüllung der konzeptionellen, koordinierenden sowie abwicklungstechnischen Arbeiten wird die bisherige MAP-Koordinierungsstelle bei 19.1 (Beauftragter für Integration und Migration) ab dem 1.1.2015 durch Entfristung verstetigt. Die Finanzierung erfolgt im Rahmen des Haushaltsvollzugs und wird mit der Haushaltsaufstellung 2016/2017 fortgeschrieben.

Ebenfalls fortgesetzt wird die Arbeit der MAP-Steuerungsgruppe, bestehend aus der Frauenbeauftragten, dem Beauftragten für Menschen mit Behinderung und dem Beauftragten für Integration und Migration. Unterstützt durch die MAP-Koordinierungsstellen zeichnen sich die Beauftragten verantwortlich für den Bündisaufbauprozess.

Aus Verwaltungssicht ist die Verstetigung des MAP im Rahmen des neuen Bundesprogramms sowie dessen Weiterentwicklung zu einem breiten gesellschaftlichen Lokalbündnis von besonderer strategischer Bedeutung: Sowohl der MAP als auch das Mannheimer Bündnis für Toleranz und Vielfalt leisten einen wichtigen Beitrag für eine nachhaltige Stadtentwicklung im Sinne des Charta-Managements (s. V44/2014) und einen unmittelbaren Wirkungsbeitrag zu den strategischen Zielen „Toleranz“ (Mannheim als Vorbild für das Zusammenleben in Metropolen) und „Mitwirkung“ (Stärkung des bürgerschaftlichen Engagements und der Mitwirkung).